

Fraktion **direkt**

15 | 09. Mai 2014

Zur Lage

Mehr Unabhängigkeit von russischem Gas Prozess wird aber langfristig sein



Foto: Götz Schleser

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und die Destabilisierung des Ostens der Ukraine haben für Russland Folgen. Der russische Aktienindex ist eingebrochen. Kredite sind für den russischen Staat teurer geworden. Aus Russland sind seit Beginn der Krise nach Schätzungen über 100 Milliarden Dollar an Kapital abgezogen worden.

Trotz der europäischen und amerikanischen Sanktionen laufen die russischen Gas- und Öllieferungen vertragsgemäß weiter. In Europa ist auch noch niemand auf die Idee gekommen, die Abnahme in Frage zu stellen. Sicherlich würde eine kurzfristige Reduzierung der Energieimporte aus Russland viele Länder in Europa vor erhebliche Probleme stellen.

Dennoch ist es richtig, wenn sich Europa und die großen alten Industrienationen nun der Frage widmen, wie sie mittel- und langfristig unabhängig von der russischen Energie werden könnten. Wir müssen uns schrittweise aus der Lage befreien, dass die Öl- und Gaslieferungen vielleicht einmal als Druckmittel gegen uns eingesetzt werden können.

Deshalb ist die Initiative des polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk zu begrüßen, dass sich die EU mit dem

Thema beschäftigen soll. Auch die Kanzlerin unterstützt sie grundsätzlich. Die führenden Wirtschaftsnationen sollten sich im Format der G7 der Frage annehmen.

Sicherlich werden russische Lieferungen nicht schnell kompensiert werden können. Eine Loslösung von der Abhängigkeit wird Zeit brauchen. Denn die Produktion in den USA und Kanada lässt sich nicht so rasch hochfahren. Für Flüssiggas fehlen derzeit anscheinend Transportmittel. Neue Öl- oder Gasfelder im Mittelmeer müssen erst einmal erschlossen werden.

„Moskau muss zur Deeskalation beitragen“

Was die Ukraine selbst angeht, so bleibt es dabei, dass Moskau zur Deeskalation beitragen muss. Zwar sind wir erleichtert, dass unter Mitwirkung der russischen Regierung die OSZE-Beobachter aus der Geiselhaft frei gekommen sind. Aber dem müssen nun weitere Schritte folgen. Es ist zumindest ein erster Schritt, dass Präsident Wladimir Putin die Separatisten in der Ostukraine aufgefordert hat, das illegale Referendum über die Abspaltung zu verschieben.

Alle in Europa – und am besten darüber hinaus – sollten die gleiche Sprache sprechen und abgestimmt handeln. Die Präsidentschaftswahl in der Ukraine am 25. Mai muss stattfinden. Russland darf die Lage in der Ukraine im Vorfeld der Wahl nicht weiter destabilisieren. Sollte dies der Fall sein, müssen Europa und die USA über weitere Sanktionen nachdenken. Wir wollen dies nicht. Wir befürworten einen gerechten Interessenausgleich auch innerhalb der Ukraine. Dieser darf nicht durch Gewalt erzwungen werden.



Inhalt

Mehr Unabhängigkeit von russischem Gas	1
Kein Asyl-Ausschuss für Snowden	2
Sorge um die Ukraine	3
Mehr Eigenverantwortung und Wettbewerb	4
„Mittler zwischen den Kulturen“	5
Mehr Hilfe für syrische Flüchtlinge	6
Anti-Piraten-Einsatz soll fortgesetzt werden	6
„Die Opposition macht viel Wind um nichts“	7
„Beflügelt vom Petersberger Geist“	8
Kooperation im Umweltbereich vertiefen	10
Letzte Seite	11

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Kommentar

Kein Asyl-Ausschuss für Snowden

Opposition muss Diskussion um Vernehmung in Deutschland beenden



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Am 20. März wurde mit einem koalitionsübergreifenden Antrag die Einrichtung des NSA-Untersuchungsausschusses beschlossen. Dabei haben wir uns auf drei wesentliche Punkte geeinigt, die Gegenstand der Untersuchung sein sollen. Es soll erstens geklärt werden, inwieweit andere Dienste der „Five Eyes“, also der USA, Großbritannien, Neuseelands, Australiens und Kanadas, in Deutschland Informationen abschöpfen. Zweitens geht es um die Frage, ob deutsche Institutionen und Behörden nicht nur Ziel von Überwachungen, sondern eventuell an den Überwachungen beteiligt waren. Und drittens müssen sich die Ausschussmitglieder damit befassen, wie Sicherheit in der Kommunikation im digitalen Zeitalter überhaupt gewährleistet werden kann, wie Spionageversuche abgewehrt werden können. Es gibt also eine breite Aufgabenstellung für den NSA-Untersuchungsausschuss.

Leider ist das in der medialen Wahrnehmung untergegangen, denn die Opposition war vor allem damit beschäftigt, Klamauf um die Person Edward Snowdens zu betreiben. Weder Grüne noch Linke haben sich bisher nur ein einziges Mal sachlich zum gemeinsam beschlossenen Untersuchungsauftrag geäußert. Es geht die-

sen beiden Parteien nur noch darum, wie der ehemalige NSA-Mitarbeiter Snowden in Deutschland ein Aufenthaltsrecht bekommen kann. Diese groteske Diskussion der Opposition muss ein Ende haben. Wir haben uns um Aufklärung und nicht um Asyl für Snowden zu kümmern.

Zudem hat der Amerikaner längst erklärt, dass er über alle Informationen, die er bei der NSA entwendet hat, nicht mehr verfügen kann. Alle Daten wurden Journalisten übergeben. Auch die Videobefragung Snowdens durch die parlamentarische Versammlung des Europarates war ohne besonderen Erkenntniswert.

Ehemaliger NSA-Mitarbeiter ist und bleibt ein Straftäter

Und trotz der Tatsache, dass die Opposition ihn wie einen Helden verehrt, sollte auch noch mal Folgendes erwähnt werden: Edward Snowden hat großflächig streng geheime Informationen der NSA entwendet und veröffentlicht. Zugegeben: Er hat nicht nur in Deutschland eine wichtige Debatte entfacht. Aber er bleibt dennoch ein Straftäter. Deshalb haben die USA einen Haftbefehl gegen ihn erlassen.

Snowden wird der Spionage bezichtigt. Damit sollte auch der Opposition klar sein, dass seine Einreise nach Deutschland eine direkte Auslieferung zur Konsequenz haben kann. Schließlich haben wir mit den USA ein entsprechendes Abkommen. Ein Gutachten der Bundesregierung dazu, das vom Untersuchungsausschuss angefordert wurde, bestätigt diesen Umstand.

Wir haben nun nach drei Sitzungen des NSA-Untersuchungsausschusses mehr als hundert Beweisanträge, die den Untersuchungsauftrag abdecken. Nur einer davon betrifft die Befragung Edward Snowdens. Das ist nicht zu vernachlässigen. Das ist aber bei weitem auch nicht der Schwerpunkt der Aufklärung, die geleistet werden muss.

Sorge um die Ukraine

Aktuelle Stunde im Bundestag – Politik setzt weiter auf Diplomatie – Härtere Sanktionen nicht ausgeschlossen

In der Ukraine-Krise setzt die große Koalition weiter auf Diplomatie. Politiker von CDU/CSU sprachen sich in einer Aktuellen Stunde des Bundestages am Mittwoch aber auch für weitere EU-Sanktionen gegen Russland aus, falls Moskau nicht zur Deeskalation der Lage beitrage. Erleichtert zeigten sich die Abgeordneten darüber, dass die OSZE-Militärbeobachter wieder frei sind, die über eine Woche lang von prorussischen Separatisten festgehalten worden waren.

Der Vorsitzende des Europaausschusses im Bundestag, Gunther Krichbaum, nannte die Lage im Osten und Süden der Ukraine „brisant, mancherorts explosiv“. Er warnte davor, dass aus den Auseinandersetzungen zwischen Ukrainern und prorussischen Separatisten ein „Flächenbrand“ werden könne, der auf Nachbarstaaten wie Moldau übergreifen könne.

„Asymmetrischer Krieg im Osten der Ukraine“

Der Vorsitzende der deutsch-ukrainischen Parlamentariergruppe, Karl-Georg Wellmann, sprach davon, dass in der Ostukraine ein asymmetrischer Krieg stattfindet, der von russischen Spezialeinheiten angestachelt werde. „Wir dürfen uns nicht weigern, dies anzuerkennen, nur weil dieses nicht unserem Ruhebedürfnis entspricht“, mahnte Wellmann. Er zeigte sich auch empört über die massive antiwestliche Propaganda russischer Medien.

Angesichts der dramatischen Ereignisse im Osten und Süden der Ukraine betonte Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier erneut, dass eine militärische Lösung nicht in Frage komme. Die Diplomatie bewege sich zwar immer nur in kleinen Schritten voran, doch „Aufgeben ist keine Option“, betonte er. Er sprach sich für eine

weitere Genfer Konferenz mit Russland, der Ukraine, der EU und den USA aus, um verbindliche Schritte zu einer Deeskalation zu vereinbaren. Auch der CSU-Abgeordnete Florian Hahn betonte, man müsse immer wieder das Gespräch mit der russischen Regierung suchen und „alle diplomatischen Mittel ausschöpfen“.

„Die Zeit ist reif für die nächste Stufe“

Allerdings wurden auch weitere Strafmaßnahmen gegen Russland erwogen, falls die Regierung in Moskau die Vereinbarung der ersten Genfer Konferenz Anfang April nicht umsetzt. „Die Zeit ist reif, dass wir eine Stufe weitergehen“, betonte Krichbaum. Wie er for-

pelt wird.“ In unserer Zeit führe man Auseinandersetzungen am Runden Tisch und nicht mit militärischen Mitteln, unterstrich sie.

OSZE-Mission war „regelkonform“

Als wichtiges Instrument für mehr Transparenz und Vertrauen nannte von der Leyen die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Die Mission der OSZE-Militärbeobachter, die nach einer Woche Geiselnhaft vergangenen Freitag freigelassen worden waren, bezeichnete sie als „wichtig, richtig und regelkonform“. Die Unterstellung der Linken, die OSZE-Beobachter – darunter vier Deutsche – hätten Spionage betrieben, kritisierte sie als „völlig unverständlich“.

Die Verhandlungen zur Freilassung der Entführten, an denen auch der russische Menschenrechtsbeauftragte



Prorussische Separatisten vor einem Verwaltungsgebäude in der ostrussischen Stadt Donezk

derte auch Hahn härtere Sanktionen. Wenn man den Druck auf Russland nicht erhöhe, drohten laut Krichbaum auch anderen Staaten Übergriffe von Seiten Moskaus.

In diesem Sinne betonte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen: „Wir werden nicht zulassen, dass die Sicherheitsarchitektur in Europa, die in den vergangenen Jahrzehnten mühsam aufgebaut wurde, in wenigen Wochen eingerissen und niedergetram-

te Wladimir Lukin teilgenommen hatte, betrachteten von der Leyen und Steinmeier als hoffnungsvolles Zeichen dafür, dass es weitere solche Momente der Kooperation mit Russland geben könne.

Alle Redner der Koalition betonten, dass die für den 25. Mai geplanten Präsidentschaftswahlen in der Ukraine stattfinden müssen. Die Ukrainer müssten frei und ohne Druck über ihre Zukunft bestimmen dürfen, forderte der CDU-Politiker Roderich Kiesewetter.

Mehr Eigenverantwortung und Wettbewerb

Bundestag nimmt Beratungen über Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes auf

Mit einer Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes will die Koalition den Anstieg der Strompreise dämpfen. Der Bundestag nahm am Donnerstag die Beratungen über die EEG-Novelle auf, die noch in diesem Sommer über die Bühne gebracht werden soll. In den vergangenen Jahren stieg die Umlage, die die Verbraucher und Unternehmen für den Ausbau der erneuerbaren Energien zahlen müssen, und mit ihr der Strompreis deutlich an.

Planvoll steuern

„Wir haben derzeit ein EEG, das sehr teuer ist“, sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Michael Fuchs in der Debatte. Das Gesamtvolumen der Subventionen in diesem Bereich beträgt in diesem Jahr voraussichtlich 23,6 Milliarden Euro. Erstmals soll der Ausbau der erneuerbaren Energien daher planvoll gesteuert und die Förderung gedeckelt werden. Langfristig sollen auch für die Erneuerbaren marktwirtschaftliche Prinzipien gelten – nämlich Eigenverantwortung und Wettbewerb, hob Fuchs hervor. Der Grundstein werde mit diesem Gesetz jetzt gelegt.

„Wer Strom produziert ist auch dafür verantwortlich, dass er vermarktet wird“, sagte Fuchs. Daher wird für gro-



Foto: picture alliance / ZB

ße Anlagen ab 500 Kilowatt eine verpflichtende Direktvermarktung eingeführt. Diese Grenze wird in den Jahren bis 2017 auf 100 Kilowatt gesenkt.

Strompreis ist zentraler Wettbewerbsfaktor

Für energieintensive Unternehmen ist der Strompreis ein zentraler Wettbewerbsfaktor. Die Wettbewerbsfä-

higkeit der stromintensiven Industrie in unserem Land dürfe nicht gefährdet werden, betonte der CDU-Politiker. Denn der industrielle Kern der Wirtschaft sei der Schlüssel für Wohlstand und Beschäftigung in Deutschland.

Gesetzlicher Ausbaupfad

Die Novelle des EEG soll den notwendigen Rahmen schaffen, um den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung bis zum Jahr 2025 auf 40 bis 45 Prozent und bis 2035 auf 55 bis 60 Prozent zu steigern. Für die einzelnen Technologien zur Erzeugung regenerativer Energie wird ein gesetzlicher Ausbaupfad verankert. Bei der Windenergie an Land geht man zum Beispiel von einem jährlichen Zubau von 2.500 Megawatt (netto) aus.

Wichtig für alle Betreiber von bestehenden Anlagen: Die zugesagte Förderung ändert sich für sie nicht.

Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes

Damit die Energiewende gelingt und Strom weiterhin bezahlbar bleibt, ist eine Reform des Gesetzes nötig, das die Förderung der erneuerbaren Energien regelt: das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) aus dem Jahre 2000. Die Novelle, die am Donnerstag im Bundestag in erster Lesung beraten wurde, schreibt erstmals verbindliche Ausbaupfade für Solarenergie, Windkraft und Biomasse vor. Sie sorgt dafür, dass die Kosten gesenkt werden, indem sie einerseits auf die günstigsten Energieträger, nämlich Wind an Land und Photovoltaik, setzt, andererseits übermäßige Förderungen abbaut. Außerdem sollen Erneuerbare, wenn sie profitabel sind, künftig ohne staatlich festgesetzte Einspeisevergütungen auskommen. Das Gesetz umfasst aber auch eine Neuregelung, die die Entlastungen für die energieintensive Industrie von der EEG-Umlage betrifft. Diese wurde am Mittwoch vom Kabinett verabschiedet, nachdem zuvor beihilferechtliche Fragen auf Europaebene geklärt worden waren. Die Entlastungen sind notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit und zehntausende Arbeitsplätze in den Unternehmen zu erhalten, die besonders hohe Stromkosten und eine hohe Handelsintensität aufweisen. Das Entlastungsvolumen wird wie bisher etwa fünf Milliarden Euro betragen. Betriebe, die eine Ausnahme beantragen können, müssen unter anderem zu den 219 Branchen gehören, die von der EU beihilferechtlich genehmigt wurden.

„Mittler zwischen den Kulturen“

Jürgen Hardt über seine neue Aufgabe als Koordinator für die transatlantische Zusammenarbeit



Foto: Katja-Julia Fischer

Jürgen Hardt

Stellvertretender europapolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Der stellvertretende europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Hardt, ist neuer Koordinator für die transatlantische Zusammenarbeit. Mit ihm sprach „Fraktion direkt“ darüber, welche Akzente er im neuen Amt setzen will.

Herr Hardt, kaum ein paar Tage im Amt waren Sie bereits zeitgleich mit Bundeskanzlerin Angela Merkel in Washington. Welchen Eindruck hatten Sie vom Stand der transatlantischen Beziehungen?

Hardt: Die transatlantischen Beziehungen sind in einem guten Zustand. Das merkt man besonders, wenn man sich die vertrauensvolle deutsch-amerikanische Zusammenarbeit in der Ukraine-Krise anschaut. Unsere Partnerschaft ist in meinen Augen vergleichbar mit einer über lange Jahre gewachsenen Freundschaft, in der man die Höhen und Tiefen des Lebens gemeinsam durchschreitet und auch einen Vertrauensverlust – wie den durch die NSA-Abhöraffaire – gemeinsam

überwindet. Am Ende steht man weiter füreinander ein und trifft alle wesentlichen Entscheidungen im Schulterchluss.

Welche Felder der bilateralen Beziehungen liegen Ihnen besonders am Herzen?

Hardt: Die korrekte, ausführliche Beschreibung meines neuen Amtes lautet ja: „Koordinator für die deutsch-amerikanische zwischengesellschaftliche, kultur- und informationspolitische Zusammenarbeit“. Insofern wird ein Schwerpunkt meiner Arbeit darin liegen, die Beziehungen unserer Zivilgesellschaften weiter zu intensivieren. Ich sehe mich als eine Art

Mittler zwischen beiden Kulturen. Ich will sowohl in den USA um Verständnis für die deutsche Position werben als auch den Deutschen erklären, warum auf der anderen Seite des Atlantiks diese oder jene Entscheidung getroffen wurde. Denn ich glaube, dass das Gefühl, dass man sich ja eigentlich kennt, manchmal etwas trügt. Dann kommt es zu Überraschungen, wenn sich der Partner doch anders verhält als gedacht. Es ist mir deswegen wichtig, den Austausch zu stärken und damit mehr persönliche Kontakte zu ermöglichen.

Die NSA-Affäre des vergangenen Jahres wirft immer noch Schatten auf das bilaterale Verhältnis. Ein Anti-Spionage-Abkommen wird es wohl nicht geben. Wo sehen Sie ein Entgegenkommen Washingtons?

Hardt: Ich hätte mir von Präsident Barack Obama ein noch deutlicheres Signal gewünscht, dass das Abhören des Kanzlertelefons ein schwerer Fehler war. Aber ich finde es gut, dass er sich nun klar zum transatlanti-

schen Cyber-Dialog bekennt, der im Juni beginnt. Hier können wir vielleicht konkreter vorankommen, was die wechselseitige Achtung der Bürgerrechte in der digitalen Welt angeht.

Die Verhandlungen zwischen Europa und den USA über das Handelsabkommen TTIP stocken. Wie kann man das Projekt vorantreiben, ohne europäische Standards aufzugeben?

Hardt: Wissen Sie, an dieser Debatte stört mich sehr, dass in der europäischen Öffentlichkeit oft kolportiert wird, die Europäer hätten hohe Standards und die Amerikaner niedrige. Das ist so einfach nicht richtig: Nordamerika und Europa haben weltweit die höchsten Standards. Wenn beide Regionen sich zusammenschließen, dann können sie dieses hohe Niveau zum weltweiten Maßstab machen. Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass auch die jeweiligen Parlamente dem Abkommen zustimmen müssen. Dies ist für mich die Garantie, dass es zu keinen Absenkungen bei den Standards kommen wird. Genau dies hat der amerikanische Chef-Unterhändler Michael Froman am Montag in Berlin zugesagt.

Ziehen beide Seiten in der Ukraine-Krise an einem Strang?

Hardt: Ja. In der Ukraine-Krise zeigt sich einmal mehr, dass die Europäer und die Amerikaner im Gleichklang sind. Das ist meiner Meinung nach genau das Signal, das wir an den russischen Präsidenten Wladimir Putin senden müssen – nämlich, dass sich der Westen nicht auseinanderdividieren lässt. Obama weiß, dass die EU-Mitgliedstaaten von schärferen Wirtschaftssanktionen unterschiedlich stark betroffen sind. Er akzeptiert, dass Kanzlerin Merkel dafür sorgt, dass in Europa niemand überfordert wird.

Mehr Hilfe für syrische Flüchtlinge

Koalitionsfraktionen verabschieden Antrag

Angesichts der stetig steigenden Zahl syrischer Flüchtlinge setzt sich die große Koalition für eine Ausweitung der humanitären Hilfe ein. In einem gemeinsamen Antrag, der am Donnerstag im Bundestag verabschiedet wurde, fordern die Fraktionen von CDU/CSU und SPD die EU-Kommission auf, bis zum Sommer eine Syrien-Flüchtlingskonferenz einzuberufen, bei der sich alle EU-Mitgliedstaaten auf konkrete Zahlen und Verfahren zur Aufnahme Schutzsuchender bereit erklären sollen.

„Präsident Assad ist verantwortlich“

Deutschland und Schweden haben auf das Flüchtlingsproblem deutlich engagierter reagiert als andere EU-Länder. Über das reguläre Asylverfahren hinaus nimmt der Bund 10.000 besonders schutzbedürftige syrische Flüchtlinge in Deutschland auf. Außerdem sind mehr als 3.500 Visa im

Rahmen der Landesaufnahmeprogramme erteilt worden.

Die Koalitionsfraktionen appellieren in ihrem Antrag an die Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, dass auch die anderen EU-Mitgliedstaaten deutlich mehr Flüchtlinge außerhalb des Asylsystems aufnehmen. In Syrien selbst müssen

alle Menschen Zugang zu humanitärer Hilfe haben. Die dafür in Deutschland zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel sollen deshalb verstetigt und wenn möglich erhöht werden.

Grundsätzlich gilt: Hilfe vor Ort ist wesentlich effektiver und kommt mehr Menschen zu Gute. Die Bundesregierung solle auch dafür sorgen, dass Menschen aller Konfessionen und Religionen bei der Versorgung mit Hilfsgütern und humanitären Leistungen gleichermaßen berücksichtigt werden, heißt es in dem Antrag.



Syrische Flüchtlinge fliehen in den Libanon

Foto: picture alliance / AP Photo

Der seit fast drei Jahren andauernde Bürgerkrieg in Syrien hat bislang 150.000 Menschen das Leben gekostet. Für den Krieg machen die Koalitionsfraktionen Präsident Baschar al-Assad verantwortlich. Die Syrien-Krise droht die gesamte Region zu destabilisieren.

Die Zahl der Flüchtlinge in der Region hat sich seit dem vergangenen Winter mehr als vervierfacht. In diesem Jahr rechnen die Vereinten Nationen mit einem Anstieg auf bis zu vier Millionen Flüchtlingen außerhalb Syriens.

Anti-Piraten-Einsatz soll fortgesetzt werden

Bundestag berät über Verlängerung der Mission Atalanta

Der Einsatz der Bundeswehr zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias soll um ein weiteres Jahr verlängert werden. Der Bundestag beriet am Donnerstag in erster Lesung über die Fortsetzung der EU-geführten Mission Atalanta bis zum 31. Mai 2015. Die Personalobergrenze soll dabei von 1.400 auf 1.200 Soldaten gesenkt werden. Derzeit sind rund 360 Bundeswehrsoldaten am Horn von Afrika im Einsatz.

Mit Kriegsschiffen und Flugzeugen überwacht die Europäische Union seit 2008 das Seegebiet am Horn von Afrika, um Schiffe des World Food Programmes, Handelsschiffe und Schiffe von Hilfsorganisationen vor den Übergriffen von Piraten zu schützen.

Der Atalanta-Verband umfasst derzeit fünf Schiffe. Sie werden von Spanien, Griechenland, Frankreich und Deutschland gestellt. Der deutsche Beitrag besteht aus der Fregatte „Brandenburg“ und dem Betriebsstoffversorger „Rhön“ mit insgesamt drei Bordhubschraubern. Außerdem sind vier Seefernaufklärer aus Spanien, Luxemburg und Deutschland im Einsatz. Der deutsche Seefernaufklärer vom Typ P-3C ORION führt Aufklärungsflüge im Golf von Aden durch.

Die Marineoperationen zeigen Wirkung. Die Anzahl der Piratenüberfälle ging in den vergangenen Jahren deutlich zurück. Doch nach wie vor liegt am Horn von Afrika eine der größten Bedrohungen für die Schiff-

fahrt. Das Problem der Piraterie hat seine Ursachen in den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in Somalia. Der langjährige Bürgerkrieg führte zum Zerfall des Staates. So wichtig die Mission Atalanta ist, eine nachhaltige Verbesserung der Situation kann nur durch den Aufbau staatlicher Strukturen eintreten.

Die EU bemüht sich daher darum, dies zu unterstützen und eine wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen. Mit der Mission EUTM Somalia, an der sich auch Deutschland beteiligt, fördert die Europäische Union den Aufbau der somalischen Streitkräfte und versucht, das Land nachhaltig zu befrieden.

„Die Opposition macht viel Wind um nichts“

Roderich Kieseewetter zu Streitfragen im NSA-Untersuchungsausschuss – Datensicherheit ernst nehmen



Foto: Ingo Sombrutski

Roderich Kieseewetter

Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Bundestagsuntersuchungsausschuss zur NSA-Spähaffäre

Der CDU-Außen- und Sicherheitspolitiker Roderich Kieseewetter ist neuer Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Bundestagsuntersuchungsausschuss zur NSA-Spähaffäre, der am Donnerstag zum dritten Mal getagt hat. Mit ihm sprach „Fraktion direkt“ über die Fragen, mit denen sich der Ausschuss aktuell befasst.

Herr Kieseewetter, der Untersuchungsausschuss hat kaum seine Arbeit aufgenommen, da gibt es bereits Ärger. Angeblich will die Bundesregierung nicht alle Unterlagen offenlegen. Die Opposition droht mit der Anrufung des Bundesverfassungsgerichts. Wie sehen Sie das?

Kieseewetter: Da macht die Opposition viel Wind um nichts. Das haben die Grünen offensichtlich auch gemerkt und die von ihnen beantragte Aktuelle Stunde zu dem Thema gleich wieder zurückgezogen. Der Ausschuss hatte schon in seiner zweiten Sitzung rund 40 Beweisbeschlüsse zur Beiziehung von Akten und Unterlagen gefasst. Die Regierung prüft nun, welche Aktenstücke zu den Beweisthemen gehören und was sie vorlegen kann. Da gibt es Grenzen, die auch die Opposition kennt. Aber grundsätzlich ist das Recht eines Untersuchungsausschusses auf

Aktenherausgabe so eindeutig, dass ich keinen Zweifel habe, dass es auch erfüllt wird. Ich baue auch auf umfassende Unterstützung durch die anderen Verfassungsorgane.

Die USA kommt Deutschland in der Bekämpfung von Spionage unter Freunden und von Massenüberwachung der Bürger nur millimeterweise entgegen. Was erwarten Sie noch von Washington?

Kieseewetter: Meine feste Überzeugung ist: Ein stabiles transatlantisches Vertrauensver-

hältnis ist wichtig – für Deutschland, für Europa und für Amerika. Ich erwarte, dass der Wunsch der Bürgerinnen und Bürger – nicht nur in Deutschland – nach Sicherheit ihrer Daten ernst genommen wird. Und ich erwarte klare Auskünfte zu den Fra-

Diese Position halte ich für richtig. Außerdem ist das kein Snowden-Untersuchungsausschuss. Snowden ist nur einer von vielen interessanten Zeugen, die der Ausschuss hören wird.

Welche Lösung könnte es geben?

Kieseewetter: Edward Snowden zu vernehmen ist einer aus einer ganzen Reihe von Zeugenbeweisbeschlüssen, die der Ausschuss heute gefasst hat. Da der ehemalige NSA-Mitarbeiter sich in Russland aufhält, wird jetzt erst einmal ein Kontakt mit seinem Anwalt in Deutschland hergestellt. Wir werden berücksichtigen, wie Snowden das sieht. Der Ausschuss hat ja mehrere Möglichkeiten. Ich glaube auch nicht, dass die erste Vernehmung von Snowden gleichzeitig die letzte sein wird. Ein geeigneter Weg für die erste Vernehmung ist eine Videobefragung – wie sie etwa auch in

der parlamentarischen Versammlung des Europarates stattgefunden hat.

„Snowden ist nur einer von vielen interessanten Zeugen“

gen, die der Ausschuss heute gestellt hat. Hier ist auf US-Seite noch Bewegung nötig.

Die Opposition wird nicht müde, die persönliche Anhörung des ehemaligen NSA-Mitarbeiters Edward Snowden auf deutschem Boden zu fordern. Warum lehnen Sie das ab?

Kieseewetter: Die Frage, ob ein Aufenthalt von Edward Snowden in Deutschland möglich ist, wird nicht nur im Ausschuss gestellt. Die Bundesregierung hat eine klare Position: Ein Aufenthalt von Snowden in Deutschland wäre nicht im deutschen Interesse. Wenn er hierhin käme, wäre Deutschland nach dem mit den USA geschlossenen Abkommen zur Auslieferung verpflichtet.

Da wäre noch der US-Journalist Glenn Greenwald, der über die gesamten britischen Dokumente verfügt. Wäre er nicht ein ebenso wertvoller Zeuge?

Kieseewetter: Ja sicher. Die Aktivitäten der NSA in vielen Ländern der Erde und im übrigen auch in den USA selbst sind kein neues Thema. Wir sind auch gespannt auf einen früheren technischen Direktor der NSA, William Binney, der seit seinem Ausscheiden 2001 das Vorgehen dieses Geheimdienstes scharf kritisiert. Glenn Greenwald hat seit fast einem Jahr Zugang zu den Dokumenten, die Snowden beschafft hat. Wir setzen auch darauf, dass das Ersuchen des Ausschusses, ihm solche Dokumente zugänglich zu machen, nicht abgewiesen wird.

„Beflügelt vom Petersberger Geist“

Koalitionsspitzen tagten bei Bonn – Papiere beschlossen – Zusammenarbeit harmonisch und ertragreich

Es war das erste Treffen dieser Art in der neuen Wahlperiode. Zwei Tage lang saßen die Fraktionsspitzen von CDU/CSU und SPD auf dem Petersberg bei Bonn beisammen, um über gemeinsame Projekte zu beraten. Die Mühe hat sich gelohnt: Sechs Papiere von der Außenpolitik über den finanziellen Verbraucherschutz bis zur Sterbehilfe verabschiedeten sie. Und die Atmosphäre ließ auch nichts zu wünschen übrig.

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder sprach von einer harmonischen und erfolgreichen Tagung mit guten Ergebnissen. CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt lobte die konzentrierte sachliche Arbeit und das vertrauensvolle Verhältnis. Auch die Gäste waren hochrangig. Neben dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, kamen BDA-Präsident Ingo Kramer und der nominierte DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann.



Fotos: Marc-Steffen Unger

Gerda Hasselfeldt, Volker Kauder, Mario Draghi und Thomas Oppermann auf dem Petersberg

sowohl den Koalitions- als auch den Tarifpartnern darauf ankomme, bei der Einführung der Rente mit 63 eine Frühverrentungswelle zu vermeiden. Auf Wunsch der Tarifpartner wolle man sich um die Wahrung der Ta-

uns große Sorgen um die Ukraine“, sagte Kauder. Mit Blick auf die Lage im Osten des Landes appellierten die Koalitionspartner an Russland, „den Weg einer diplomatischen Lösung gemeinsam zu beschreiten“. Für den Fall, dass Moskau weiter zur Destabilisierung der Lage beitrage, behalte man sich wirtschaftliche Maßnahmen vor, wie sie die EU-Staats- und Regierungschefs Anfang März vereinbart hatten.

In dem Papier wurde auch die Freilassung der von prorussischen Separatisten festgehaltenen OSZE-Beobachter, darunter vier Deutsche, verlangt. Sie kamen vergangenen Freitag nach mehr als einer Woche Geiselhäft frei.

Besserer Schutz von Kleinanlegern

In dem Papier zum finanziellen Verbraucherschutz wurden weitere Maßnahmen zur Finanzmarktregulierung angekündigt, so der bessere Schutz von Kleinanlegern am grauen Kapitalmarkt und ein „Girokonto für jedermann“. Dispositionskredite müssten kundenfreundlicher und Schlichtungsmöglichkeiten zwischen Verbrauchern und Instituten verbessert werden, hieß es.



Max Straubinger, Michael Grosse-Brömer und Christine Lambrecht vor der Presse

„Wir sind beflügelt vom Petersberger Geist und fest entschlossen, diesem Land eine gute Regierung zu stellen“, lautete Kauders Fazit nach der Tagung der geschäftsführenden Vorstände. Aus dem Gespräch mit Kramer und Hoffmann berichtete er, dass es

rifeinheit kümmern und eine verfassungsrechtlich sichere Lösung auf den Weg bringen, kündigte er an.

Das außenpolitische Papier, das die Koalitionspartner verabschiedeten, beschäftigte sich mit den Krisenherden Ukraine und Syrien. „Wir machen



Foto: Marc Steffen Unger

Mit EZB-Präsident Draghi diskutierten die Koalitionsspitzen über die geplante Bankenunion auf EU-Ebene, die Geldpolitik der EZB und die Reformpolitik in den Euro-Ländern. Eine Deflationsgefahr infolge der anhaltend niedrigen Zinsen sah Draghi derzeit nicht.

Die Euro-Länder mahnte der EZB-Präsident zu einer Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen, um Puffer für weitere mögliche Krisen zu haben. Auch Kauder bekräftigte, dass Draghi das Prinzip von Solidarität und Solidität, von Leistung und Gegenleistungen bei den Reformen als unangefochten betrachte. Europa werde nur dann in finanz- und wirtschaftspolitischer Hinsicht auf dem Weg der Besserung bleiben, wenn auch die notwendigen Reformen durchgeführt würden.

Breite gesellschaftliche Diskussion zur Sterbehilfe

Gerda Hasselfeldt stellte die Beschlüsse zu Sterbehilfe sowie zur Verbesserung der Palliativmedizin und des Hospizwesens vor. Mit Blick auf ein geplantes Verbot der kommerziellen, organisierten Sterbehilfe sagte die CSU-Landesgruppenvorsitzende, man wolle eine breite gesellschaftliche Diskussion anregen, die Ende des Jahres in Gruppenanträge der Bundestagsabgeordneten münden solle. Sie betonte, dass dies keine parteipolitische Angelegenheit sei, sondern eine Entscheidung, die jeder Abgeordnete für sich selbst treffen müsse.

Beschlüsse der Koalitionsfraktionen

Deutsche Außenpolitik als Beitrag zur Lösung von Krisen und Konflikten

Die CDU/CSU- und SPD-Fraktion appellieren an Russland, praktische Schritte zur Deeskalation des Konflikts mit der Ukraine einzuleiten. Andernfalls drohen die Koalitionsfraktionen mit wirtschaftlichen Maßnahmen im Rahmen der Europäischen Union. Gleichzeitig halten sie fest: „Militärisches Vorgehen ist für uns keine Option.“ Die Tür zu einer diplomatischen Lösung auf der Grundlage der Genfer Vereinbarung bleibe offen.

Die Koalitionspartner fordern die Übergangsregierung in Kiew auf, die legitimen Interessen der Regionen sowie der Minderheiten zu berücksichtigen. Sie dringen auf eine Verfassungsreform und faire, freie Wahlen im Mai. Gleichzeitig stellen sie Hilfe zur ökonomischen Stabilisierung des Landes sowie eine weitere Annäherung an die EU in Aussicht.

Hinsichtlich Syrien zeigt sich die Koalition besorgt über den seit drei Jahren andauernden Bürgerkrieg. Die Verantwortung dafür legen sie Präsident Baschar al-Assad zur Last.

Angesichts von bald vier Millionen Flüchtlingen setzen sich CDU/CSU- und SPD-Fraktion für ein stärkeres humanitäres Engagement der internationalen Gemeinschaft und der Europäischen Union ein. Sie unterstützen den Vorschlag zur Einberufung einer EU-Syrienkonferenz, auf der die EU-Mitglieder ihre Aufnahmepraxis abstimmen können. Die Koalition unterstützt auch die Vernichtung der syrischen Chemiewaffen.

Finanziellen Verbraucherschutz weiter stärken

Als Reaktion auf die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008/2009 will die Koalition die Finanzmärkte weiter regulieren. So soll die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) künftig besser zum Schutz der Verbraucher beitragen. Auch auf dem sogenannten grauen Kapitalmarkt sollen Kleinanleger besser geschützt werden.

Die Koalition unterstützt die EU-Initiative zu einem Girokonto für jedermann. Darüber hinaus soll unter anderem der Dispositionskredit verbraucherfreundlicher gestaltet werden. Für Streitigkeiten im elektronischen Geschäftsverkehr soll das Verfahren der Online-Schlichtung ausgeweitet werden.

Würdevolles Sterben – Umgang mit Sterbehilfe klären

In Deutschland ist die aktive Sterbehilfe strafbar. Staffrei hingegen ist die Beihilfe zur Selbsttötung. Seit einigen Jahren sind in Deutschland Vereinigungen aktiv, die Hilfeleistungen zur Selbsttötung anbieten. „Wir müssen als Gesellschaft daher die Entscheidung treffen, ob wir diese Art von Sterbehilfe wollen“, heißt es in dem Koalitionspapier. Diese ethische Grundfrage soll jeder Abgeordnete für sich selbst beantworten.

Zugleich hält die Koalition eine umfassende Auseinandersetzung mit den ethischen und rechtlichen Fragen im Parlament und in der Öffentlichkeit für erforderlich. Die Koalition hat sich daher einen Fahrplan aufgestellt, wie sie zu Lösungen kommen will. Ein Gesetz könnte dann im Herbst nächsten Jahres verabschiedet werden.

Stärkung von Hospizen und Palliativversorgung

Die Koalition setzt sich für ein Leben in Würde bis zuletzt ein. Sterbenskranken Menschen beizustehen, ihre Leiden zu lindern und sie zu trösten, sei eine Aufgabe, die es zu unterstützen gelte, heißt es in dem Papier. Deshalb müssten Hospize und die palliativmedizinische Versorgung weiter ausgebaut werden. So soll es Weiterbildungsangebote für Pflegefachkräfte und eine Anschubfinanzierung für den Aufbau einer ambulanten Palliativversorgung, gerade im ländlichen Raum, geben.

Ermäßigter Mehrwertsteuersatz für E-Books und Hörbücher

Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent für Printprodukte soll auch auf Hörbücher eingeführt werden. Spätestens im Herbst soll ein entsprechendes Gesetzgebungsvorhaben auf den Weg gebracht werden. Auf EU-Ebene wollen die Koalitionspartner darauf hinwirken, dass dieser Satz auch auf E-Books, E-Papers und andere elektronische Informationsmedien angewendet werden kann.

Sicherung der Qualität in der psychiatrischen Versorgung in Deutschland

Die Koalition will nochmals überprüfen, ob die Einführung einer pauschalen Vergütung in der Psychiatrie sinnvoll ist. Sie befürchtet, dass bewährte Strukturen zerschlagen werden könnten. Die Probephase wird daher verlängert.

Kooperation im Umweltbereich vertiefen

Kauder besuchte vor Ostern China – Treffen mit Politikern und Kirchenvertretern – Investitionsprojekt besichtigt



Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder mit Minister Wang Jiarui

China und Deutschland streben einen weiteren Ausbau ihrer Wirtschafts- und Handelsbeziehungen an. Vom Potenzial dafür machte sich der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder bei seiner Reise nach Peking und Kanton in der Karwoche selbst ein Bild. Dabei spielte vor allem der Ausbau der Kooperation in der Umwelttechnik eine große Rolle. „In der Umwelttechnologie hat Deutschland China viel zu bieten“, betonte Kauder.

Die Fraktionsdelegation, zu der neben Kauder auch Fraktionsvize Andreas Schockenhoff, der außenpolitische Sprecher Philipp Mißfelder und der parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Max Straubinger, gehörten, traf sich in Peking mit Ministern und ranghohen Funktionären der Kommunistischen Partei. Zu den Themen, die sie besprachen, zählten auch die Ukraine-Krise und die Situation im Euro-Raum. Wie wichtig eine effektive Bekämpfung der Umweltverschmutzung für China ist, konnten die deutschen Delegationsmitglieder am eigenen Leib erfahren. Die Schadstoffwerte der Luft überstiegen während ihres Aufenthaltes das Maß, das in Deutschland als gesundheitsgefährdend angesehen wird.

Kauder und seine Delegation besuchten während ihres Aufenthaltes ein deutsch-chinesisches Zukunftsprojekt, den Bau der Millionenstadt Foshan. Dort wird in einen

Dienstleistungspark investiert, in dem sich in den nächsten Jahren auch viele deutsche Unternehmen ansiedeln sollen. Darüber hinaus machte sich der Fraktionsvorsitzende ein Bild von der Lage der Christen im Land.

Lage der Christen entspannt sich

So führte er ein Gespräch mit dem Erzbischof von Kanton, Gan Junqiu, und besuchte ein protestantisches theologisches Seminar. Der Bischof sprach von einer deutlichen Entspannung der Lage für die Christen, auch wenn die Situation von Region zu Region unterschiedlich sei.

In China – das jahrzehntelang vom Atheismus geprägt war – leben Schätzungen zufolge zwölf Millionen Katholiken. Der Protestantismus gilt als die am schnellsten wachsende Religionsgemeinschaft in China. Hier schwanken die Schätzungen zwischen 30 bis 100 Millionen Gläubigen. Die Zahl der Mitglieder der Hauskirchen, die nicht den offiziell zugelassenen Kirchen angehören, ist unbekannt.

Mehr Engagement der Glaubensbrüder angeregt

Der Delegation der CDU/CSU-Fraktion berichteten die chinesischen Gesprächspartner, dass sich immer mehr Menschen dem Christentum zuwendeten. Vor allem aus der neuen Mittelschicht strebten viele nicht nur nach materiellem Wohlstand, sondern suchten auch nach einem tieferen Sinn in ihrem Leben. Nach den Worten des Bischofs dürfen die Kirchen viel stärker sozial tätig sein als früher. Da ihre Finanzmittel aber knapp sind, benötigten sie Unterstützung. Aus Sicht der Fraktion könnten sich die Christen in Europa für ihre Glaubensbrüder und -schwestern in China mehr engagieren.

Nach wie vor stehen die Kirchen in China natürlich unter Beobachtung der Kirchenämter. So ist eine freie Wahl der Bischöfe nicht gewährleistet. Andererseits können Christen in



Straubinger und Kauder mit Erzbischof Gan Junqiu

Fotos: Ulrich Scharlack

China – anders als in vielen anderen Ländern – ihre Kirchen bauen. Zum Teil beteiligt sich sogar der Staat finanziell an deren Renovierung.

Zehn Jahre EU-Osterweiterung

Eine Wirtschaftsbilanz

Die Erweiterung der Europäischen Union um acht osteuropäische Staaten sowie die Mittelmeerinseln Malta und Zypern zum 1. Mai 2004 hat in der Gemeinschaft insgesamt zu zusätzlichen Wachstumsimpulsen sowie einer deutlichen Wohlstandssteigerung geführt. Zu diesem Schluss kommt eine Studie des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit (IZA). Die Beitrittsländer selbst – Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowenien, die Slowakei, Tschechien und Ungarn sowie Malta und Zypern – hätten in den wesentlichen wirtschaftlichen Kennziffern eine positive Entwicklung genommen und ihre wirtschaftliche Gesamtlage in diesen zehn Jahren verbessert, schreibt das IZA. Unter anderem konnten sie ihre Wirtschaftskraft und ihre Bruttoinvestitionen teilweise deutlich steigern.

IZA-Direktor Klaus F. Zimmermann schränkt allerdings ein, die Integration der Arbeitsmärkte lasse noch zu wünschen übrig, da sich viele westliche Länder nur sehr zögerlich für Arbeitnehmer aus dem Osten geöffnet hätten. Hier liege deshalb das wichtigste Handlungsfeld für die kommenden Jahre, um die Chancen einer verbesserten Arbeitsteilung im europäischen Binnenmarkt voll auszuschöpfen. Vor allem Deutschland, dessen Exportwirtschaft erheblich von der EU-Osterweiterung profitiert habe, müsse mehr tun, um das Potenzial an Fachkräften in Osteuropa besser anzusprechen.

Wichtig ist aus Sicht Zimmermanns, Wanderungswillige aus den neuen EU-Mitgliedstaaten künftig frühzeitig vor Ort zu beraten und bei der beruflichen Neuorientierung zu



Zeichnung: Tomicek

MAIZUG

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.veranstaltungen.cducusu.de

- 13. Mai 2014 Parlamentarischer Abend der CDU/CSU-Fraktion beim DGB-Bundeskongress
- 19. Mai 2014 Fachgespräch der behindertenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Landtagsfraktionen
- 20. Mai 2014 Fraktionsoffene Sitzung Hochschul- und Berufsbildung
- 24. Juni 2014 Sommerfest der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

begleiten. Interessierte Menschen aus Osteuropa sollten durch eine Kultur der Offenheit und des Willkommens von den Vorzügen des Standortes Deutschland überzeugt werden. Dazu gehöre auch ein intensiveres Angebot an Sprachkursen. Insgesamt habe Osteuropa bisher leider nur einen sehr geringen Beitrag leisten können, die Engpässe auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu lösen, erklärte Zimmermann.

Ursprüngliche Befürchtungen, die Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Osteuropäer führe zu einer Verdrängung einheimischer Beschäftigter durch Zuwanderer oder zu einem Rückgang des Lohnniveaus, hätten sich nicht bewahrheitet. Ebenso unbegründet sei bisher die Sorge geblieben, dass deutsche Arbeitsplätze in großem Stil in die neuen Mitgliedsländer abwandern könnten.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet
www.cducusu.de
 Der Blog der CDU/CSU-Fraktion
blogfraktion.de
 Fraktion direkt
www.cducusu.de/fd



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt